



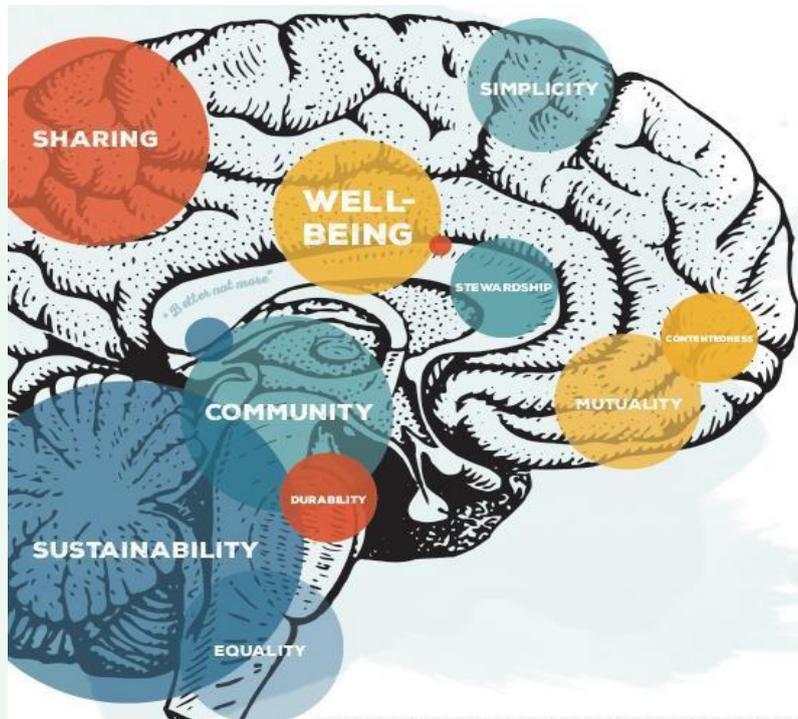
**Friends of
the Earth
Europe**

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

for the people | for the planet | for the future



Grüne Steuern für eine Postwachstumsökonomie

Erstellt von Riccardo Mastini | September 2018

Übersetzung durch:
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

Friends of the Earth Europe gratefully acknowledges financial assistance from the:

European Commission, Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation and Nuclear Safety (BMU) and Umweltbundesamt.

The contents of this document are the sole responsibility of Friends of the Earth Europe and cannot be regarded as reflecting the position of the funders mentioned above. The funders cannot be held responsible for any use which may be made of the information this document contains. Detailed information about Friends of the Earth Europe's funding can be found at: www.foeeurope.org/about/financial



Friends of the Earth Europe asbl Rue d'Edimbourg 26 | 1050 Brussels | Belgium

EU Transparency Register no. 9825553393-31 | Tel. +32 2 893 10 00 | info@foeeurope.org | www.foeeurope.org

In den meisten Ländern ist die Besteuerung von Bürgerinnen und Bürgern sowie privater Unternehmen die Hauptquelle der Staatseinnahmen. Beim Übergang zu einer Postwachstumsökonomie wird die Besteuerung zusammen mit Zöllen, Bußgeldern und Subventionen sehr wichtig sein. Indem bestimmte wirtschaftliche Aktivitäten besteuert werden, können Regierungen ein gewisses Maß an Kontrolle über erwünschte wie unerwünschte Wirtschaftszweige oder Konsummuster ausüben. Da Steuern eine entscheidende monetäre Ressource für Regierungen sind, helfen sie auch, öffentliche Dienstleistungen zu finanzieren, die Reichtum umverteilen sollen. Daher können grüne Steuerpolitiken so gestaltet werden, dass sie Profite aus Marktaktivitäten fördern, begrenzen oder umverteilen, hin zu einer gerechteren Gesellschaft, die im Rahmen der biophysischen Tragfähigkeit ihrer Umwelt existiert.

Regierungen müssen sich einiger wichtiger Grenzen gegenwärtiger Besteuerungsprogramme bewusst sein, die Wachstum anstelle von Naturschutz und Umweltsanierung fördern.

Erstens bildet das Einkommen und nicht etwa Material- oder Energienutzung die Grundlage für Steuern, die die Allgemeinheit und Unternehmen zahlen. Umweltauswirkungen als solche werden bei der Besteuerung selten thematisiert, obwohl dies weiter gefördert, wenn nicht sogar priorisiert werden sollte. Die Nutzung und Ausbeutung natürlicher Ressourcen sollte begrenzt werden; die Besteuerung kann hierbei in manchen Umständen ein wirksamer Mechanismus sein. Unter Umweltökonominnen und -ökonomen sowie vielen Umweltverbänden herrscht weitgehender Konsens, dass die Gesellschaft umweltschädigende Tätigkeiten, etwa den Abbau natürlicher Ressourcen, besteuern sollte, anstatt gesellschaftlich nützlicher Tätigkeiten, etwa Arbeitseinkommen. Die effizienteste Möglichkeit dazu ist eine Besteuerung an der Quelle, sodass die Kosten der Primärausbeutung bei jedem Schritt des Produktionsprozesses stets reflektiert wird.

Zweitens wird oft angenommen, dass „Marktexternalitäten“ – die negativen Auswirkungen der Industrie – einfach gelöst werden können, indem man entweder negative Marktaktivitäten durch eine Steuer bestraft oder einen weiteren „Markt“ schafft, um unerwünschte Transaktionen mit einem Preis zu belasten. Zum Beispiel: während CO₂-Steuern als Anreiz zur Senkung von CO₂-Emissionen wirken können, geht der CO₂-Emissionshandel davon aus, dass Industriezweige ihre Emissionen effizienter beschränken werden, wenn erst eine Struktur der Eigentumsrechte für CO₂-Emissionen geschaffen ist und es keine Regulierungen von oben nach unten gibt. Alle Branchen werden jedoch unweigerlich versuchen, ihre Kosten zur Gesellschaft oder zur Umwelt hin zu verlagern. Deswegen wird weder eine Struktur der Besteuerung noch eine Regulierung von Eigentumsrechten ausreichen, um Marktexternalitäten zu begrenzen.

Drittens wird industrielles Wachstum nicht nur durch rationale Entscheidungen sowie Angebot und Nachfrage generiert, sondern auch aufgrund von sich verändernden sozialen Normen. „Demonstrativer Konsum“ ist ein Beispiel einer solchen sozialen Norm, d.h. dass Menschen einfach deswegen konsumieren, weil dieser Konsum sie von anderen abhebt. Diese Norm wird zum Selbstzweck und verursacht immer mehr nicht-funktionales Wachstum. Da Steuern hauptsächlich Einkommen und nicht Ausgaben bestrafen, versäumen sie eine Gelegenheit, einen negativen Anreiz für demonstrativen Konsum zu setzen. Daher treiben sie Konsumentinnen und Konsumenten dazu an, für Güter, die ihren Wohlstand zur Schau stellen, viel Geld auszugeben. Dies fördert weiterhin eine Kultur, die materiellem und materialistischem Konsum hohen Wert verleiht.

Schließlich werden die heute bestehenden Steuerpolitiken weder durch partizipatorische Institutionen formuliert noch berücksichtigen sie eine komplexe und sich ständig verändernde Volkswirtschaft. In einigen seltenen Fällen geben Bürgerinnen und Bürger durch partizipatorische Fokusgruppen oder Befragungen Feedback zu vorgeschlagenen Änderungen. Die Steuerpolitik ist meist nur in der Hinsicht demokratisch, dass diejenigen, die von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt wurden, die größte Rolle bei der Umsetzung der veränderten Politik spielen. Allerdings ist der tatsächliche Prozess der Ausarbeitung neuer Besteuerungssysteme weiterhin ein höchst bürokratischer und technokratischer Prozess abseits der öffentlichen Wahrnehmung.

Eine große Sorge für jegliche Regierung, die die Wende hin zu einer gerechten Postwachstumsökonomie schaffen will, ist, dass Quellen für Staatseinnahmen versiegen. Denn Steuern werden an unerwünschte Tätigkeiten seitens der Industrie oder Konsumentinnen und Konsumenten gekoppelt, die ja zurückgedrängt werden sollen. Langfristig wird es eine zentrale Herausforderung sein, ausreichende Einnahmequellen zu erhalten, um notwendige staatliche Dienstleistungen zu finanzieren, etwa Renten, Gesundheitsfürsorge und Verkehrsinfrastruktur. Diese Herausforderung kann jedoch angegangen werden, indem man sich einen progressiveren Ansatz zur Besteuerung von Reichtum zu eigen macht und, noch wichtiger, indem man Steuerschlupflöcher und -oasen abschafft.

Wenn Europa mit der Bekämpfung des Klimawandels Ernst macht und seine CO₂-Emissionen aus Produktionsprozessen begrenzt oder besteuert, wird es notwendig werden, einen CO₂-steuerlichen Grenzausgleich einzuführen, um inländische Produzentinnen und Produzenten vor dem Wettbewerb aus Ländern zu schützen, die Emissionen weder besteuern noch begrenzen. Bis vor kurzem galten solche Zölle als politisch unrealistisch, aber die Welthandelsorganisation hat mittlerweile eingeräumt, dass ihre Regeln solche Zölle nicht verbieten, und es wird zunehmend politisch anerkannt, dass Zölle eine Option sind, um Länder vor anderen Ländern zu schützen, die keine ähnlichen Verpflichtungen zur Emissionssenkung eingehen. Der französische Präsident Emmanuel Macron und die IWF-Chefin Christine Lagarde haben diese Idee kürzlich öffentlich unterstützt.

Güter und Dienstleistungen, die länger haltbar, nützlicher und für Umwelt und Gesundheit weniger schädlich sind, könnten ebenfalls unterschiedlich besteuert werden. Ein Beispiel wäre eine Steuerbefreiung für Reparaturen. Steuererleichterungen für Reparaturen würden es für Konsumentinnen und Konsumenten attraktiver machen, Produkte länger zu nutzen, aber auch Druck auf Produzentinnen und Produzenten ausüben, langlebige, reparierbare Produkte anzubieten, die wiederum höhere Preise erzielen würden. Folglich würde der Preis pro Dienstleistung immer noch fallen, was für eine Postwachstumsökonomie mit abnehmender Kaufkraft für Konsumentinnen und Konsumenten wichtig wäre. Steuererleichterungen für Reparaturen würden zudem lokale Initiativen wie Reparaturcafés oder „Makerspaces“ stärken, die dann auf soziale Aspekte der Nachhaltigkeit, die Stärkung lokaler Gemeinschaften und den Aufbau von sozialem Kapital Auswirkungen hätten. Zudem gefährdet die Automatisierung Reparatur und Recycling in viel geringerem Maße als die Massenproduktion: REconomy-Arbeitsplätze (Reparatur, Wiedernutzung, Recycling, Wiederaufarbeitung) erfordern eine gewissen Qualifikation und sind sicherer als Arbeitsplätze in der Produktion.

Dieses Diskussionspapier basiert auf der Analyse in der Broschüre
[“Sufficiency: Moving beyond the gospel of eco-efficiency”](#),
die von Friends of the Earth Europe im März 2018 veröffentlicht wurde.



**Friends of
the Earth
Europe**

for the people | for the planet | for the future

Friends of the Earth Europe

Member Groups

Austria	Global 2000
Belgium (Wallonia & Brussels)	Les Amis de la Terre
Belgium (Flanders & Brussels)	Climaxi
Bosnia & Herzegovina	Centar za životnu sredinu
Bulgaria	Za Zemiata
Croatia	Zelena Akcija
Cyprus	Friends of the Earth
Czech Republic	Hnutí Duha
Denmark	NOAH
England, Wales & Northern Ireland	Friends of the Earth
Estonia	Eesti Roheline Liikumine
Finland	Maan Ystävät Ry
France	Les Amis de la Terre
Georgia	Sakhartvelos Mtsvaneta Modzraoba
Germany	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Hungary	Magyar Természetvédők Szövetsége
Ireland	Friends of the Earth
Latvia	Latvijas Zemes Draugi
Lithuania	Lietuvos Zaliuju Judėjimas
Luxembourg	Mouvement Ecologique
Macedonia	Dvizhenje na Ekologistite na Makedonija
Malta	Friends of the Earth Malta
The Netherlands	Milieudefensie
Norway	Norges Naturvernforbund
Poland	Polski Klub Ekologiczny
Russia	Russian Social Ecological Union
Scotland	Friends of the Earth Scotland
Slovakia	Priatel'ia Zeme
Slovenia	Focus Association for Sustainable Development
Spain	Amigos de la Tierra
Sweden	Jordens Vänner
Switzerland	Pro Natura
Ukraine	Zelenyi Svit

Friends of the Earth Europe (FoEE) setzt sich für eine nachhaltige und gerechte Gesellschaft und den Umweltschutz ein. FoEE vereint über 30 staatliche Organisationen mit tausenden lokalen Gruppen und ist Teil von Friends of the Earth International, dem weltgrößten Basisnetzwerk für Umweltschutz.